

Warum das Volk gezählt werden muss

2011 soll es wieder einen Zensus geben. Kein Grund, auf die Barrikaden zu gehen – von dieser Volkszählung wird kaum jemand etwas merken

GERT G. WAGNER

Heute dürfte der Bundestag das Zensusvorbereitungsgesetz beschließen. Damit wird der Startschuss für die nächste Volkszählung gegeben, die 2011 stattfinden soll. Eine solche Zählung, die in vielen anderen Staaten ganz normal ist und alle zehn Jahre geschieht, gab es in Deutschland zuletzt 1987 und war damals ein brisantes Politikum.

Auch heute gibt es noch Interessenkonflikte: Auf der einen Seite wollen Wissenschaftler und Gemeinden möglichst viele und detaillierte statistische Daten haben. Auf der anderen Seite haben viele Bürger Bedenken wegen des Datenschutzes. Deswegen soll jetzt ein neuer Weg gegangen werden: Indem die statistischen Informationen auf den Kern dessen beschränkt werden, was bei einer Volkszählung sachlich notwendig ist, wird der Datenschutz gewahrt, zugleich werden die Belastungen für die Bürger und die Kosten minimiert.

Dabei werden neue Erhebungsmethoden eingesetzt, die durch einen wissenschaftlichen Beirat vorbereitet werden. Erstmals wurde eine solche „Zensuskommission“ berufen. Die neun Wissenschaftler der Kommission sollen auch dafür sorgen, dass die erhobenen Informationen nicht zum Datenfriedhof, sondern zügig und umfassend analysiert werden.

Statistische Infrastruktur

Zwei zentrale Ziele sollen mit moderneren Volkszählungen erreicht werden. Zum Ersten sollen die Eckzahlen der Sozialstruktur festgestellt werden, damit daran die vielen amtlichen, aber auch die üblichen kommerziellen und wissenschaftlichen Stichprobenerhebungen hochgerechnet werden können. Diese Funktion ist ein Teil der statistischen Infrastruktur, die der Staat für Private bereitstellt.

Zum Zweiten soll ein Zensus helfen, die Einwohnerzahl möglichst genau festzustellen. Denn an gleichsam gerichtsfesten, amtlichen Einwohnerzahlen hängen um die 50 staatliche Entscheidungen und Maßnahmen.

So sind die Einwohnerzahlen die zentrale Basis für die Zahlungsströme zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund und schließlich auch für die Bemessung von Zahlungen an und von Brüssel. Deswegen hat die EU die Volkszählung 2011 auch vorgeschrieben.

Anonymität bleibt gewahrt

Möglichst genaue Einwohnerzahlen werden auch für die Zahl der Landsitze im Bundesrat, für den Durchschnitt von Wahlkreisen und für die Besoldung von Bürgermeistern gebraucht. Eigentlich würde man Bürgermeister gern nach dem Grad der Verantwortung bezahlen, die sie tragen – aber wie will man den messen? Deswegen behilft man sich mit der Einwohnerzahl. Sie kann heute durch das Auszählen von ohnehin vorhandenen Daten bei den Einwohnermeldeämtern und den Sozialversicherungen auch ermittelt werden, ohne dass man Hunderttausende von Zählern durchs Land schickt. Und da es nur um statistische Größen geht, erfolgt das Auszählen der Meldedaten anonym – kein Bürger wird als Person im Statistikcomputer erkennbar sein.

Um Fehler, die es in den Melderegistern gibt, statistisch korrigieren zu können, wird zusätzlich eine große Stichprobenerhebung durchgeführt. Dabei werden auch einige wichtige sozialstrukturelle Informationen wie der Bildungsabschluss abgefragt.

Der Zensus 2011 wird mit den historischen Volkszählungen, wie wir sie zum Beispiel aus der Bibel kennen, nichts zu tun haben. Es wird also nicht darum gehen, Listen für die Besteuerung zu erstellen, die noch das Ziel der von Kaiser Augustus angeordneten Volkszählung waren, sondern es werden – wie seit Jahrzehnten in zivilisierten Staaten üblich – unpersönliche statistische Zahlen gewonnen werden.

Die meisten Bürger werden davon nichts merken. Lediglich Hausbesitzer werden schriftlich zu ihren Häusern befragt werden, und allenfalls zehn Prozent der Bürger werden bei einer Stichprobenerhebung mitmachen müssen. Beide Erhebungen werden nur wenige Minuten in Anspruch nehmen. Das ist eine Art Zeit-Steuer: ein „Staatseingriff“, der keine nennenswerte Belastung darstellt.

GERT G. WAGNER ist Professor für Volkswirtschaft in Berlin. Er ist Vorsitzender der Zensuskommission 2011, des vom Innenministerium berufenen wissenschaftlichen Beirats für die Volkszählung.